

# A-1

**Titel** Kirchliches Arbeitsrecht abschaffen

**Antragsteller\*innen** Jusos Unterfranken

**Adressat\*innen**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Kirchliches Arbeitsrecht abschaffen

- 1 Seit der Trennung von Staat und Religion haben die anerkannten christlichen Kirchen in Deutschland das Recht  
2 ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten. Das erstreckt sich in viele Bereiche. Unter anderem haben die evan-  
3 gelische und katholische Kirche jeweils ein eigenes Datenschutzrecht, eine eigene Betriebsverfassung, eine  
4 eigene kirchliche Arbeitsgerichtsbarkeit und ein eigenes kirchliches Tarifrecht.
- 5 Der Versuch einen allgemeingültigen Tarifvertrag für die Altenpflege zu schaffen, ist am Widerstand der Ar-  
6 beitgeberseite der kirchlichen Tarifvertragsparteien gescheitert. Dies hat noch einmal deutlich gezeigt, dass  
7 die kirchlichen Sonderwege im Arbeits- und Tarifrecht nicht unseren Standards entsprechen, die wir von Ge-  
8 werkschaften und Arbeitgeberverbände erwarten. Wir fordern daher die kirchliche Arbeitsgerichtsbarkeit, die  
9 kirchliche Betriebsverfassung und das kirchliche Arbeitsrecht abzuschaffen und durch die staatlichen Rege-  
10 lungen zu ersetzen. Das Personalvertretungsgesetz der jeweiligen Länder soll nach einer Abschaffung von  
11 kirchlichen Arbeitnehmer:innenvertretungen dabei für die zukünftige Gestaltung von Arbeitnehmer:innenver-  
12 tretungen Anwendung finden.
- 13 Unser Ziel, die wir vielfach auch in Gewerkschaften organisiert sind, muss es sein, dass starke Gewerkschaften  
14 mit den vollen Möglichkeiten des Arbeitskampfes mit den Arbeitgeber:innen / Arbeitgeberverbänden Tarifver-  
15 träge abschließen können. Die Grundordnung für den kirchlichen Dienst in der katholischen Kirche verbietet  
16 außerdem für alle Beschäftigten eine gleichgeschlechtliche Ehe oder die erneute Heirat nach einer Scheidung.  
17 Auch trans Personen können nach einem Outing fristlos gekündigt werden, da diese den Moralvorstellungen  
18 der Kirche nicht entsprechen. Gerade unter dem Aspekt, dass viele Einrichtungen staatlich refinanziert werden  
19 oder zumindest staatliche Forderungsgelder erhalten, ist diese Diskriminierung für uns nicht hinnehmbar.

**Antragsteller\*innen**

Jusos Unterfranken

**E-Mail:**

**Telefon:**